

Sitzungsvorlage DS 2010/104

Stadtkämmerei
Helmut Nau
(Stand: **07.04.2010**)

Mitwirkung:

Aktenzeichen: 913.6

Verwaltungsausschuss

nicht öffentlich am 29.03.2010

Gemeinderat

öffentlich am 03.05.2010

Bericht der Verwaltung zum vorläufigen Jahresabschluss 2009 der Stadt

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt den Bericht zum vorläufigen Abschluss 2009 der Stadt (Stand 22.03.2010) zur Kenntnis.
2. Zum Ausgleich zweckentsprechender Ausgaben werden der Rücklage "Schließung Bahnübergänge" 13.000 € und der Stellplatzrücklage 4.000 € (Sanierungsgebiet Oberstadt II) entnommen.
3. Nach dem vorläufigen Abschluss des Eigenbetriebes "Entwässerung" entstehen überplanmäßige Mehrausgaben von 48.000 € bei den anteiligen Straßenentwässerungskosten des Baugebietes Leim (2.6301.9500.000-3210) und von 29.000 € bei den sonstigen Straßenentwässerungskosten (2.6300.9500.000-0040). Die Überschreitungen und die Abdeckung der Mehrkosten über die Finanzposition 2.9100.9761.000-0002 (Tilgungen) werden genehmigt.
4. Verwaltungsausschuss und Gemeinderat stimmen in ihren Zuständigkeiten dem vorläufigen Budgetabschluss mit den aufgezeigten Budgetüberschreitungen und deren Abdeckung zu. Abschließend wird über den Budgetabschluss mit der endgültigen Feststellung der Jahresrechnung 2009 durch den Gemeinderat entschieden.

Sachverhalt:

1. Beratungen zum Haushalts- und Nachtragsplan 2009

- der Gemeinderat beschließt am 08.12.2008 den Haushaltsplan
- der Gemeinderat beschließt am 27.04.2009 den Nachtragsplan die Genehmigungen des Regierungspräsidiums wurden jeweils erteilt
- im Zusammenhang mit den Verwaltungsberichten zum Haushaltsplanentwurf 2010 wurde der Verwaltungsausschuss am 28.09.2009 und der Gemeinderat am 14.12.2009 auch über die deutlich schlechteren Steuer- und Finanzausgleichsdaten 2009 und dem damit verbundenen deutlichen Rückgang der Zuführungsrate informiert

2. Eckdaten vorläufiger Jahresabschluss 2009

Die Abschlussdaten basieren auf dem vorläufigen Buchungsstand 22.03.2010. Notwendige Korrektur- und steuerliche Abschlussbuchungen werden das genannte Ergebnis noch geringfügig ändern. Die dem Verwaltungsausschuss/Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegten Haushaltsreste 2009/10 (getrennte Sitzungsvorlage) sind eingearbeitet.

Ergebniszusammenfassung (gerundet):

- **Zuführungsrate** an den Vermögenshaushalt **600.000 €**
entspricht **Ergebnisverschlechterung** von **2.000.000 €**
davon:
 - Steuern, Finanzausgleich und Umlagen - 4.300.000 €
 - Umsetzung Sperre Oberbürgermeister + 1.000.000 €
 - Verbesserungen budgetierte Bereiche + 1.100.000 €
 - dito nicht budgetierte Bereiche (saldiert) + 200.000 €
- Abmangel **Vermögenshaushalt** 5.830.000 €
 - Entnahme allgemeine Rücklage 4.800.000 €
(260.000 € mehr als geplant)
 - Zuführungsrate 600.000 €
 - **verbleibender Fehlbetrag (Museum) 430.000 €**
- Entwicklung **Verschuldung** der Stadt
 - Stand 31.12.2008 21.789.000 €
 - Stand 31.12.2009 26.354.000 €
 - damit Netto-Neuverschuldung 2009 der Stadt **4.565.000 €**
- Entwicklung **allgemeine Rücklage**
 - Stand 31.12.2008 7.394.000 €
 - Stand 31.12.2009 2.594.000 €
 - gebunden für gesetzlichen Mindestbestand 2.570.000 €
 - damit Restbestand allgemeine Rücklage rund **24.000 €**

3. Verwaltungshaushalt

Am 17.03.2010 ist von einer **Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt** von 600.000 € auszugehen, damit vorläufig 2.000.000 € weniger als im Nachtragsplan veranschlagt war. Zum damaligen Zeitpunkt wurde die Zuführungsrate bereits um 2.600.000 € reduziert und damit halbiert. Verschiedene Korrektur- und steuerliche Abschlussbuchungen sind noch notwendig, die Bandbreite möglicher Änderungen liegt bei +/- 50.000 €.

Die **Gewerbsteuer** schließt mit 33.600.000 €, d. h. mit Mindereinnahmen von rund 2.400.000 € – das Ergebnis 2008 lag noch bei knapp 41.800.000 €. An Abschlägen auf die Gewerbesteuerumlage wurde 4.750.000 € abgeführt, das sind Minderausgaben von 650.000 €. Der Verwaltungshaushalt ist damit aus der Gewerbsteuer mit netto rund 1.750.000 € belastet. Schon bei der Verabschiedung der Nachtragsplanung wurde darauf hingewiesen, dass die Reduzierung des Planansatzes um 5.000.000 € auf 36.000.000 € einer sehr optimistischen Sicht auf das restliche Steuerjahr 2009 entspricht. Die sich im 2. Halbjahr verschlechternde Lage der Finanzmärkte, der Konjunktur und am Arbeitsmarkt haben die Gewerbsteuer noch weiter einbrechen lassen.

Dies gilt in gleichem Umfang auch für die Einnahmen der Stadt aus der **Einkommensteuer**. Die Einnahmen liegen bei 17.700.000 € und damit knapp 1.600.000 € unter dem Planansatz von 19.300.000 €. Entgegen den Aussagen des Landes in seinem Haushaltserlass und zur steuerlichen Entwicklung im 2. Halbjahr 2009 ist das Steuervolumen aller Gemeinden von erwarteten 4,4 Mrd. € auf deutlich unter 4 Mrd. € abgesackt.

Auch bei den **Schlüsselzuweisungen** treffen die Auswirkungen von Konjunktur und Arbeitsmarkt die Finanzen der Stadt über Mindereinnahmen aus der Investitionszuschale und den Schlüsselzuweisungen (FAG) von 1.000.000 €.

Im **Unterabschnitt 1.9000** (Steuern, Finanzausgleich, Zuweisungen und Umlagen) summieren sich somit **Nettoverschlechterungen von 4.300.000 €**

- Gewerbsteuer (netto) - 1.750.000 €
- Einkommensteuer - 1.600.000 €
- Finanzausgleich (saldiert) - 1.000.000 €
- sonstige Steuern der Stadt (u. a. Grundsteuern) + 50.000 €

Die **Personalausgaben** summieren sich auf 20.980.000 € und liegen damit rund 330.000 € unter dem Planansatz von 21.310.000 € (siehe auch Ziffer 6). Die Personalausgaben sind jeweils Teil der einzelnen Budgetabschlüsse.

Der **Zinssaldo** aus Kassen- und Kreditzinsen, Säumniszuschlägen sowie Veranlagungs- und Erstattungszinsen bringt eine Ergebnisverbesserung von netto rund 400.000 €. Die anteiligen Minderausgaben für Kreditzinsen liegen bei knapp 100.000 €. Anteilig 250.000 € ergeben sich aus der Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlungen aus Steuerfestsetzungen für Vorjahre (darunter ein steuerlicher Sonderfall mit einer Zinspflicht für mehrere Jahre).

Bei folgenden 8 Budgets summieren sich Einzelverbesserungen > 100.000 € auf zusammen rund 1.400.000 € (Mehreinnahmen und Minderausgaben):

- 1.0220 Personaldienste 170.000 €
überwiegend durch geringere Personalkosten
- 1.0340 (Abgaben) 220.000 €
deutlich höhere Veranlagungszinsen Gewerbesteuer
- 1. 1102 (Verkehrswesen) 270.000 €
höhere Verwaltungsgebühren und Bußgeldeinnahmen,
geringere Personalkosten
- 1.2000 (Schulen und Jugend) 120.000 €
Landeszuschuss Qualitätsentwicklung zeitversetzt
- 1.2910 (Schulsozialarbeit) 170.000 €
höhere Elternbeiträge, Landeszuschüsse und Personal-
kostenerstattungen, geringere Sachkosten für Mittagessen
- 1.6010 (Hochbauverwaltung) 140.000 €
Minderausgaben (Planungen, Gutachter, Gebäudebe-
wertung), Leistungsabrechnung AGM für Maßnahmen
im Vermögenshaushalt – Nachholung aus Vorjahren
- 1.771* (drei Ortsbauhöfe) 210.000 €
höhere Leistungsabrechnung (vor allem Winterdienst)
- 1.8811 (Geschäfts- und Vereinsräume) 100.000 €
höhere Einnahmen Mieten und Nebenkosten, geringerer
Bauunterhaltungsbedarf

Gegenläufig haben sich bei 13 der 145 Budgets unabweisbare Belastungen (Mehrausgaben und Wenigereinnahmen) mit zusammen rund 1.390.000 € ergeben. Davon betreffen anteilig 540.000 € neutrale Leistungsabrechnungen der drei Ortsbauhöfe und gebührensensible Aufwendungen (Abfall, RaWEG). Die Netto-Abweichungen dieser 13 Budgets können durch **Verbesserungen** in den anderen Budgets insgesamt aufgefangen werden. Auf die Bildung von Haushaltsresten wurde weitestgehend verzichtet. Die Überziehungen und die Abdeckungen sind unter Ziffer 6 (vorläufiger Budgetabschluss) näher erläutert.

4. Vermögenshaushalt

Der Gemeinderat hat am 14.12.2009 (DS 2009/561) für das Museum Humpis-Quartier die Umstellung von Kassenraten 2009/2010 und einen **"Haushaltsvorgriff auf 2010"** beschlossen. Nach der Gemeindeordnung sind für Investitionen, die im Folgejahr fortgesetzt werden, auch dann überplanmäßige Ausgaben zulässig, wenn ihre Deckung im Folgejahr gewährleistet ist. Dies gilt auch, wenn dadurch **im Vermögenshaushalt ein Fehlbetrag** entsteht.

Im 2. Halbjahr wurden für das **Museum Humpis-Quartier** rund 1.250.000 € mehr Ausgaben geleistet als im Nachtragsplan veranschlagt waren. Durch entsprechend höhere Landeszuschüsse (Kassenraten) und höhere Sponsoringeinnahmen mit zusammen knapp 800.000 € ergab sich ein Haushaltsvorrück von etwa 500.000 € (Stand Dezember 2009), der über den Planansatz 2010 abgedeckt ist. Nach dem vorläufigen Jahresabschluss beträgt der Ausgabenüberhang rund 460.000 €. Im Zuge restlicher Abschlussbuchungen lässt sich der Betrag voraussichtlich auf etwa 430.000 € reduzieren. Dieser Betrag wird buchungstechnisch als **Fehlbetrag 2009** ausgewiesen.

Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes werden 4.800.000 € der allgemeinen Rücklage entnommen, damit 260.000 € mehr als geplant. Die Rücklage ist dann bis auf einen kleinen Rest (neben dem gesetzlichen Mindestbestand) aufgebraucht.

Das vorläufige Ergebnis berücksichtigt die Übertragung von Haushaltsresten nach 2010 (gesondertes Referat). Wegen der vorab vom Oberbürgermeister verfüzten Sperren (im Wesentlichen betroffen sind Kassenraten von investiven Vorhaben) und der Tatsache, dass knapp 99 % der von den Haushaltsresten betroffenen Investitionen Mehrjahresvorhaben sind, ist eine Entlastung im Bereich der Haushaltsreste nur sehr begrenzt möglich.

Wesentliche Teilergebnisse des Vermögenshaushaltes:

- Die **Grundstücksbilanz** aller bebauten und unbebauten Grundstücken im Einzelplan 8 (Gesamtvolumen über 12.800.000 €) war mit einem positiven Saldo von 4.100.000 € geplant. Im Ergebnis liegt der "Überschuss" bei knapp 3.200.000 €, damit rund 800.000 € darunter. Der mit 4.350.000 € veranschlagte Ausgabenansatz wurde um rund 250.000 € unterschritten. Die Ergebnisverschlechterung ergibt sich ausschließlich aus Mindereinnahmen – bebauten Grundstücke (Moltkeplatz, Ebertstraße, Kanalstraße, Marktstraße) und ein unbebautes Gewerbegrundstück (Erlen). Die bebauten Objekte werden überwiegend 2010 verkauft und kassenwirksam.
- Die **Hochbaumaßnahmen** summieren sich auf rund 9.040.000 € und liegen damit sehr nahe am Planansatz von 9.070.000 €, die meisten Vorhaben sind damit realisiert oder begonnen.
- Die **Tiefbaumaßnahmen** an Straßen und Gewässern summieren sich auf rund 8.400.000 € und liegen damit etwa 1.200.000 € unter dem Gesamtansatz von knapp 9.600.000 €. Anteilig 700.000 € entfallen davon auf den allgemeinen Straßenbau und Erschließungsanlagen (Kassenraten). Die Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen liegen deshalb auch 200.000 € unter der Planung
- Die Stadt hat dem Eigenbetrieb **Abwasser** die anteiligen Kosten für die Entwässerung von Straßen und Wegen im Baugebiet Leim in Oberzell zu erstatten. Die Abrechnung vom Januar 2010 führt zu Mehrausgaben von 48.000 €, davon sind 20.000 € anteilig im Haushalt 2010 veranschlagt. Die Mehrausgaben verbessern die Liquidität des Eigenbetriebes analog.

- Für das Museum **Humpis-Quartier** hat die Stadtkasse Zahlungen 2009 von über 6.000.000 € geleistet. Der dadurch entstandene und vom Gemeinderat am 14.12.2009 beschlossene Haushaltsvorgriff 2010 ist vorstehend erläutert.
- Der städtische Eigenanteile an den 7 **Sanierungsgebieten** (UA 2.6150) liegt rund 320.000 € unter dem mit 1.690.000 € geplanten Gesamtansatz. Über lediglich 65.000 € war ein Haushaltsausgabereist notwendig, an Einnahmeresten wurden 120.000 € für offene Zuschusseinnahmen gebildet.

5. Kredite und Rücklagen

Die Stadt hat ihre **Schulden** durch Sondertilgungen in den Jahren 2006 bis 2008 um rund 13.500.000 € auf knapp 21.800.000 € abgebaut. Zum Jahresende 2009 steigt der Schuldenstand auf 26.354.000 €, was einer Netto-Neuverschuldung 2009 von 4.565.000 € oder bei 49.340 Einwohnern einer Pro-Kopf-Verschuldung von 534 € entspricht.

Zur Finanzierung der investiven Maßnahmen im Vermögenshaushalt wurde bei der Kreissparkasse ein Kredit über 6.000.000 € aufgenommen (endfällig zum 15.07.2012, Verzinsung 2,5 %). Noch nicht in den Schuldenstand zum 31.12.2009 eingerechnet ist die verbliebene "freie" Kreditermächtigung von 875.000 €, die als Haushaltsrest nach 2010 vorgetragen wird. Diese Mittel können bis zum Erlass der Haushaltssatzung 2011 aufgenommen werden, über eine Kreditaufnahme wird 2010 entschieden. Der durchschnittliche Zinssatz aller aufgenommenen Kredite liegt bei 3,34 %.

In der **allgemeinen Rücklage** sind Ende 2008 knapp 7.400.000 € gebucht. Abzüglich der geplanten Entnahme 2009 von 4.540.000 € und dem gesetzlichen Mindestbestand für 2011 (Kassenliquidität) von vs. 2.570.000 € stehen Ende 2009 maximal noch 290.000 € zusätzlich zum Ansatz zur Verfügung. Dieser Betrag wird weitestgehend zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes zusätzlich entnommen, die freie Rücklage ist damit Ende 2009 abgebaut.

Die zweckgebundene **Stellplatzrücklage** beträgt 764.000 € zum Jahresende 2008. Knapp 4.000 € müssen im Zusammenhang mit der Abrechnung des Sanierungsgebietes Oberstadt II (Tiefgarage Marienplatz) eingesetzt werden. Der Stand der Rücklage beträgt damit Ende 2009 noch rund **760.000 €**

Von der Deutschen Bahn AG hat die Stadt 2004 im Zusammenhang mit der **Schließung von drei Bahnübergängen** im Bereich Eschach und Taldorf (Gemeinderat 31.01.2005) zweckgebunden 1.075.000 € erhalten. Der Betrag wurde gesondert in die allgemeine Rücklage eingebucht. Für restliche Grunderwerbskosten wurden 2010 noch 13.000 € benötigt. Damit stehen für abschließende Restarbeiten stehen noch 28.000 € zur Verfügung.

6. Vorläufiger Budgetabschluss 2009 (Stand 22.03.2010)

Der Oberbürgermeister hat am 21.04.2009 eine verwaltungsinterne Sperre im Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von 980.000 € verfügt. Damit sollte, über die Nachtragsplanung hinausgehend, noch weitergehenden Mindereinnahmen bei den Steuern und dem Finanzausgleich rechtzeitig vorgebeugt werden. Ziel war dabei weniger die konkrete Umsetzung der Sperre auf den einzelnen Finanzpositionen, sondern insgesamt über die Budgets und die übergeordneten Ämterbudgets. Positiv ist festzuhalten, dass die verfügte Sperre insgesamt von den Ämtern realisiert wurde, dies auch unter Einbeziehung der wenigen Ausgabereste im Verwaltungshaushalt.

Die **Budgetbeurteilung basiert auf dem Nachtragsplan und berücksichtigt die verfügbaren Sperren**. Bei 13 Budgets (im Vorjahr 12) haben sich unabwendbare Mehrbelastungen (Mehrausgaben/Wenigereinnahmen) gegenüber der Planung > 25.000 € ergeben. Diese **Budgetüberschreitungen** summieren sich auf rund 1.390.000 €. Die Zuständigkeit bei Überschreitungen ab 25.001 € liegt beim Verwaltungsausschuss, ab 100.001 € beim Gemeinderat.

Budget		Abmangel gerundet	Begründung
1.1103	Einwohnerwesen	56.000 €	geringere Verwaltungsgebühren (35.000 €) und höhere Personalausgaben (22.000 €)
1.3050	Kulturarbeit	79.000 €	Eröffnung und Veranstaltung Bodenseefestival, Eröffnung Museum Humpis-Quartier, Stadtbildband (in 2010 mehr Verkaufseinnahmen)
1.3220	städtische Galerie	77.000 €	Wechselausstellungen Galerie (höhere Leih- und Transportkosten), Mehrkosten Betriebshof, Mindereinnahmen Eintritt und Shop
1.4641	Kindergärten und -tageseinrichtungen	50.000 €	anteilige Sperre Trägerzuschüsse (137.000 €)
1.6300	Straßenunterhalt Ravensburg	460.000 €	höhere Betriebshofleistungen Winterdienst/Unterhalt mit 445.000 € und anteilige Sperre (56.000 €)
1.6309	Straßenunterhalt Schmalegg	59.000 €	höhere Betriebshofleistungen Winterdienst/Unterhalt mit 68.000 €
1.6309	Straßenunterhalt Taldorf	31.000 €	höhere Betriebshofleistungen Winterdienst/Unterhalt mit 27.000 € und anteilige Sperre (4.000 €)
1.6309	Straßenunterhalt Eschach	41.000 €	höhere Betriebshofleistungen Winterdienst/Unterhalt mit 65.000 €
1.7210	Abfallbeseitigung	169.000 €	deutlich höhere Abfuhrkosten (160.000 €) und anteilige Sperre mit 15.000 €, der Abmangel ist gebührenfähig

1.7215	RaWEG	242.000 €	weniger Einnahmen aus Wertstoffvergütung (Preisverfall)
1.7677	Schussenthalhalle	26.000 €	geringere Mieteinnahmen aus Hallennutzung (18.000 €) und Heizkostenabrechnung (8.000 €)
1.7679	MZH Weissenau	40.000 €	25.000 € höherer Unterhalt und Betriebskosten, 15.000 € geringere Nutzungseinnahmen nach Steuerabschluss
1.8813	Wohnungsverwaltung Siedlungswerk	60.000 €	50.000 € mehr Instandhaltungskosten an Siedlungswerk und 10.000 € weniger Mieten, aber Minderausgaben UA 1.8811
	zusammen (rund)	1.390.000 €	davon rund 540.000 € neutral oder gebührenfähig

Anteilig 127.000 € entfallen auf zusätzliche Leistungsabrechnungen der drei Ortsbauhöfe (Winterdienst und Straßenunterhalt). Durch die entsprechend höheren Umsatzerlöse ist dies im Verwaltungshaushalt ergebnisneutral. Erheblich Mehrkosten durch Zusatzleistungen des Eigenbetriebs Betriebshof Ravensburg belastet aus gleichen Gründen den Straßenetat mit 460.000 €. Beim Eigenbetrieb verbessern diese Umsatzerlöse dessen Ergebnis. Im Bericht der Geschäftsleitung zum Abschluss 2009 des Eigenbetriebes wird darauf eingegangen. Der Eigenbetrieb und die Ortschaften haben in den letzten Jahren das jeweilige Jahresergebnis in eigenen Berichten näher erläutern.

Der Abmangel im Abfallbereich (169.000 €) ist gebührenfähig. Ob dies auch für den Wertstoffbereich RaWEG gilt (242.000 €) wird derzeit geprüft, aus Sicht der Gemeindeprüfungsanstalt ist dies voraussichtlich gegeben.

Die Abdeckung der nicht durch neutrale Vorgänge oder Kostenüberdeckungen ausgeglichenen Mehrbelastungen (850.000 €) erfolgt formal über die unter Ziffer 3 erläuterten Verbesserungen der 9 genannten Budgets. Bezogen auf das Gesamtergebnis aller budgetierten Bereiche **werden alle Mehrbelastungen durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen.**

In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt werden bei der Ermittlung der Budgetergebnisse (wie in den Vorjahren) nur die bereinigten Budgets zugrunde gelegt. Budgetveränderungen die sich aus neutralen Verrechnungen ergeben (Raum- und Verwaltungskosten, kalkulatorische Verzinsung und Abschreibung, innere Verrechnungen) bleiben unberücksichtigt.

Wie bei den Haushaltsresten beschließt der Gemeinderat abschließend über den Budgetabschluss im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2009.

Anlage: Gliederungs- und Gruppierungsübersicht Stand 22.03.2010
Anmerkung: die Differenz von knapp 50.000 € bei den kalkulatorischen Kosten (Gruppierung .27 und .68) ist der zweckgebundene Überschussvortrag aller städtischen Stiftungen